

Sicherheitsreport 2012

Eine repräsentative Studie zum Thema Sicherheit
in Deutschland im Auftrag von T-Systems



INHALT

Vorwort (Reinhard Clemens)	3
Einführung (Dr. Oliver Bruttel und Prof. Dr. Klaus Schweinsberg)	4
Welche Risiken die Bürger 2012 fürchten	5
Der Risikoindex: Bevölkerung sieht weniger Risiken als im Vorjahr	8
Wir leben in unsicheren Zeiten	11
Das Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit	12
Künftige Entwicklung der Risiken aus Sicht der Bevölkerung	14
Anhang: Untersuchungsdaten	18

Herausgeber:

Deutsche Telekom/T-Systems

Konzeption und Durchführung der Studie:

Institut für Demoskopie
Allensbach am Bodensee

Centrum für Strategie und Höhere Führung
Bodman am Bodensee

Ansprechpartner:

Harald Lindlar
harald.lindlar@telekom.de
Prof. Dr. Klaus Schweinsberg
klaus.schweinsberg@glh-online.com

VORWORT

Nach wie vor groß ist die Sorge der Deutschen vor Gefahren aus dem Netz. Das geht aus der aktuellen repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hervor. Weiterhin glauben rund 70 Prozent, dass der Datenbetrug im Internet zunehmen wird, und 60 Prozent sind überzeugt, dass sich Computerviren weiter ausbreiten werden. Sogar mehr Menschen – 74 statt 70 Prozent im Vergleich zu 2011 – fürchten ein immer größeres Risiko im Hinblick auf den Missbrauch persönlicher Daten. Damit stellen IT- und Datenschutzthemen diejenigen Risiken dar, die aus Sicht der Bevölkerung künftig am stärksten steigen werden – deutlich vor der erwarteten Zunahme von Naturkatastrophen (62 Prozent), Terroranschlägen (44 Prozent), lebensbedrohlichen Krankheiten (40 Prozent) oder davor, selbst einem Gewaltverbrechen zum Opfer zu fallen (44 Prozent).

Es ist offensichtlich gerade das kaum Sicht- und Greifbare, was den Menschen Furcht einflößt. Gefahren, so sehen es die meisten, kommen heute immer häufiger aus der virtuellen Welt. Gegen Krankheiten, physische Gewalt und Naturkatastrophen sind gerade in Europa rund um die Uhr Mediziner, Rettungsdienste und Polizisten im Einsatz. Aber wer schützt die Menschen vor digitalen Gefahren aus dem Internet?

Dabei gelten die üblichen Viren, Würmer und Trojaner auf PCs und mobilen Endgeräten nicht als die größte Gefahr. Firewalls, Antivirenprogramme und ICT-Spezialisten machen sie in der Regel relativ schnell ausfindig und unschädlich. Das gravierendste Risiko geht heute und in Zukunft von hochgradig intelligenten Angriffsprogrammen wie Stuxnet, Duqu und Flame aus. Sie sind auf dem besten Weg, einen regelrechten Cyberwar zu entfachen. Sabotage und Spionage in ganz neuen Dimensionen. Das ist keine Übertreibung: Die Zahl der politisch oder ökonomisch motivierten Raubzüge über digitale Netze steigt rasch. 20 bis 30 Staaten attackieren nach Angaben von Richard Clarke, Antiterrorberater der US-Regierung, mithilfe von Computerspezialisten die Infrastruktur anderer Länder. Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie die Profis vom britischen Inlandsgeheimdienst MI5 (Military Intelligence, Section 5) warnen vor den in Zahl und Qualität stetig zunehmenden Attacken aus dem Netz.

Experten nennen professionelle Spionagewerkzeuge wie Flame die vierte Generation von Kriegsmitteln. Gegen die Waffen des Cyberwars kommen ICT-Spezialisten und -Sicherheitsexperten allein nicht mehr an. Dringend notwendig ist eine übergreifende Allianz gegen die virtuelle Bedrohung: Regierungen, Unternehmen und ICT-Dienstleister müssen enger zusammenarbeiten und sich besser vernetzen als bisher. Ansätze hierzu existieren – etwa in Form des nationalen Cyberabwehrzentrums. Zu einer gesamtheitlichen Sicherheitsstrategie gehören zudem Frühwarnsysteme, die alle Parteien im Netzwerk über das Aufziehen eines digitalen Tsunamis informieren. Sie ermöglichen es, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Deutsche Telekom beispielsweise hat ein solches System im eigenen Konzern installiert.

Eine schlagkräftige Verteidigungsallianz mit ausreichend personellen und technologischen Ressourcen ist elementar. Denn letztlich weiß niemand, wann und wo Stuxnet, Flame & Co. als Nächstes auftreten. Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind längst zur Lebensader unserer Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Darum müssen wir alle Kräfte bündeln und alles für ihren Schutz tun. Dazu gibt es keine Alternative.

Reinhard Clemens

Vorstand Deutsche Telekom und CEO T-Systems

EINFÜHRUNG

Bei der Vorlage des „Sicherheitsreports 2011“ Mitte letzten Jahres war zu ahnen, dass das Thema Sicherheit den Bürgern und Entscheidungsträgern in Deutschland zunehmend Kopfzerbrechen bereiten würde. Heute, mit Erscheinen des „Sicherheitsreports 2012“, wissen wir, dass dies der Fall ist. Im vergangenen Jahr hat sich in den Befragungsergebnissen insbesondere die Aufregung um EHEC und verunreinigte Lebensmittel deutlich niedergeschlagen. In diesem Jahr hat das Bedrohungspotenzial solcher Risiken für die Bevölkerung merklich nachgelassen – aber die Daten spiegeln nach wie vor ein breiteres Spektrum von Risiken wider, welche der Bevölkerung Sorgen bereiten. Das liegt auch darin begründet, dass in den zurückliegenden Monaten gleich mehrere sicherheitsrelevante Vorfälle in ähnlichem Umfang die öffentliche Wahrnehmung geprägt haben. Von einer fortgesetzten Debatte über die Risiken der Kernkraft über den offenkundig gewordenen offensiven Einsatz moderner Cyberwarinstrumente wie Stuxnet oder Flame bis hin zur massiven Sorge der Bürger um die Stabilität ihres Gelds aufgrund der Euro- und Staatsschuldenkrise.

Wie im Vorjahr hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von T-Systems in Kooperation mit dem Centrum für Strategie und Höhere Führung einen Sicherheitsreport zum persönlichen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erstellt. Damit wird mit dem nun vorliegenden Sicherheitsreport 2012 die Studienreihe zur Sicherheitslage in Deutschland fortgeführt. Der nachfolgende Bericht befasst sich ausschließlich mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung. Die Sicht der Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik wird im Rahmen des für Spätsommer geplanten Cyber-Security-Reports berichtet, dort erfolgt darüber hinaus eine weitere Vertiefung des Themas IT- und Internetsicherheit.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.617 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews fanden zwischen dem 4. und 15. Juni 2012 statt. Nachfolgend werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammenfassend berichtet und kommentiert. Die Untersuchungsdaten sind im Anhang dokumentiert.

Dr. Oliver Bruttel

Institut für Demoskopie
Allensbach am Bodensee

Prof. Dr. Klaus Schweinsberg

Centrum für Strategie und Höhere Führung
Bodman am Bodensee

Welche Risiken die Bürger 2012 fürchten

Das Thema Sicherheit hat heute viele Facetten und erstreckt sich über eine große Bandbreite von Lebensbereichen. Für den Sicherheitsreport wurden die Befragten gebeten, insgesamt 19 Risiken aus verschiedenen Lebens- und Sicherheitsbereichen zu bewerten. Die von der Bevölkerung als persönliche Gefahr wahrgenommenen Risiken lassen sich in fünf Kategorien unterteilen:

- Sorgen um die eigene materielle Situation
- Pflegebedürftigkeit im Alter und die Folgen einer lebensbedrohlichen Krankheit wie Krebs
- Sorgen um Datenbetrug/Datenmissbrauch
- externe Risiken wie Lebensmittelverunreinigungen, Reaktorunfälle, Terroranschläge und Naturkatastrophen
- „klassische“ Kriminalität und Verkehrsunfälle

Der „Sorgenkatalog“ der Bundesbürger wird – wie im Vorjahr – von der Sorge um die Geldwertstabilität angeführt. 47 Prozent der Bürger äußern sich sehr, weitere 41 Prozent etwas beunruhigt aufgrund der Inflation und einer damit einhergehenden sinkenden Kaufkraft ihres Einkommens. Nur 11 Prozent machen sich kaum oder gar keine Sorgen um eine mögliche Geldentwertung. Auch um einen möglicherweise eintretenden persönlichen Einkommensverlust, also dass einem weniger Geld zum Leben zur Verfügung stehen könnte, sorgen sich viele Bürger: 40 Prozent sind hierüber äußerst beunruhigt. Arbeitslosigkeit wird von 23 Prozent der Bevölkerung bzw. von 24 Prozent der Vollzeitbeschäftigten als großes persönliches Risiko gesehen.

Die Bürger haben zudem in hohem Maße Angst davor, im Alter pflegebedürftig zu werden oder an Demenz zu erkranken. Fast jeder zweite Deutsche macht sich hierüber große Sorgen. Ähnlich viele fürchten sich davor, an einem lebensbedrohlichen Leiden wie Krebs zu erkranken (45 Prozent).

Mehr als durch Arbeitslosigkeit fühlt sich die Bevölkerung zurzeit durch Datenmissbrauch und mangelnde Datensicherheit persönlich bedroht: Fast jeder Dritte (30 Prozent) erachtet den Datenbetrug im Internet als großes Risiko, zum Beispiel indem unerlaubt auf Bankkonten zugegriffen wird. 29 Prozent machen sich große Sorgen darüber, dass ihre persönlichen Daten unrechtmäßig weitergegeben werden könnten. EC-Karten-Betrug aufgrund manipulierter Bankautomaten nennen 27 Prozent der Bevölkerung als großes Risiko für sich selbst, 15 Prozent sorgen sich vor einem Befall des eigenen Computers durch Schadprogramme. Dass der Staat die Bürger zu sehr überwacht, sehen 18 Prozent als persönliches Risiko.

Nach wie vor ein Thema sind verunreinigte, belastete Nahrungsmittel, die für 32 Prozent der Bevölkerung Anlass zur Sorge sind. Durch einen möglichen Unfall in einem Kernkraftwerk fühlen sich 24 Prozent persönlich bedroht. Terroranschläge und Naturkatastrophen nimmt rund jeder fünfte Bürger als großes Risiko wahr. Dass Deutschland in einen Krieg bzw. in militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden könnte, ist für 16 Prozent Anlass zur Sorge. Ähnlich viele machen sich große Sorgen wegen schwerer ansteckender Krankheiten wie Vogel- oder Schweinegrippe (Schaubild A).

Persönlicher Sorgenkatalog der Bevölkerung

Frage: „Hier auf diesen Karten stehen einige Risiken und Gefahren, denen man ausgesetzt sein kann. Bei welchen dieser Risiken haben Sie für sich selbst die meisten Befürchtungen, wovon fühlen Sie sich selbst am ehesten bedroht? Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie sich persönlich darüber große Sorgen, etwas Sorgen oder kaum bzw. gar keine Sorgen machen.“
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)

	Darüber mache ich mir persönlich ...			
	große Sorgen	etwas Sorgen	kaum, gar keine Sorgen	keine Angabe
Inflation, dass das Geld immer weniger wert ist	47 %	41	11	1
Pflegebedürftigkeit im Alter, Demenz	47	35	17	1
Lebensbedrohliche Krankheiten wie Krebs	45	39	16	x
Einkommensverlust, dass man weniger Geld zum Leben hat	40	44	15	1
Verunreinigte, belastete Nahrungsmittel, Nahrungsmittelskandale	32	47	21	x
Datenbetrug im Internet, z. B. dass unerlaubt auf Bankkonten zugegriffen wird	30	38	31	1
Missbrauch von persönlichen Daten, z. B. unerlaubte Weitergabe persönlicher Daten	29	46	25	x
EC-Karten-Betrug mit manipulierten Bankautomaten	27	46	26	1
Radioaktive Verstrahlung, z. B. durch einen Unfall in einem Kernkraftwerk	24	39	37	x
Gewaltverbrechen wie z.B. Körperverletzung, Raubüberfälle	24	46	30	x
Arbeitslosigkeit	23	31	45	1
Diebstahl, Einbruch und ähnliche Delikte	21	48	30	1
Terroranschläge	20	40	39	1
Dass der Staat die Bürger zu sehr überwacht, z.B. Internet- oder Telefonverbindungen	18	43	38	1
Naturkatastrophen wie Hochwasser, schwere Stürme usw.	18	45	37	x
Krieg bzw. militärische Auseinandersetzungen, in die Deutschland verwickelt ist	16	36	47	1
Verwicklung in einen Verkehrsunfall	15	44	40	1
Computerviren, dass Computer von schädlichen Programmen befallen werden	15	43	42	x
Schwere ansteckende Krankheiten wie Vogelgrippe oder Schweinegrippe	14	39	47	x

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10092, Juni 2012

© IfD Allensbach

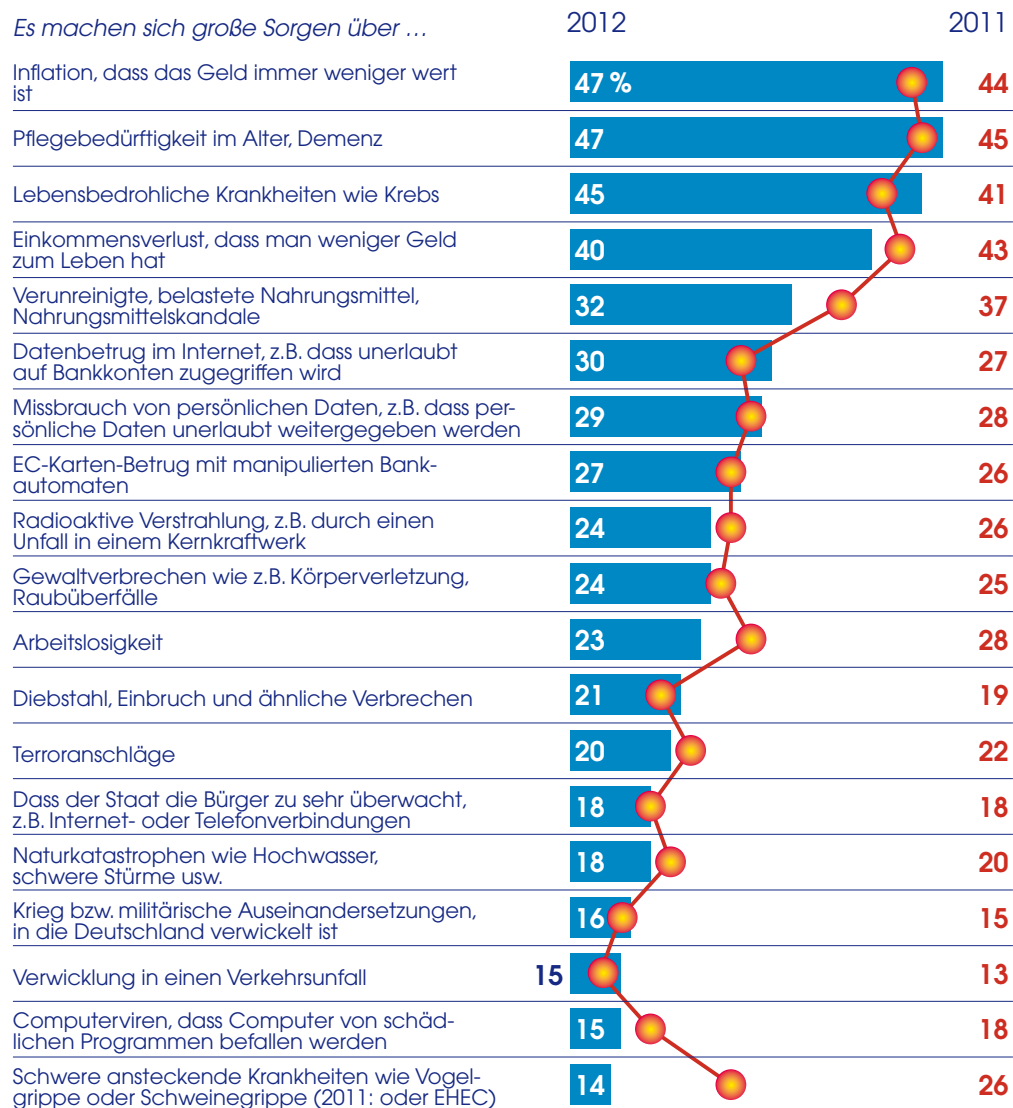
Die meisten Risiken werden von der Bevölkerung ähnlich wie im Vorjahr bewertet, nur bei wenigen Risiken hat sich die Einschätzung der Bürger nennenswert verändert. Etwas höher als im letzten Jahr stufen die Menschen in Deutschland das Inflationsrisiko ein. 2011 waren es 44 Prozent, die darin ein großes persönliches Risiko sahen, derzeit sind es 47 Prozent, welche sich durch die Folgen einer möglichen Geldentwertung für ihr eigenes Leben bedroht fühlen. Ebenfalls gestiegen – von 27 Prozent im Vorjahr auf nun 30 Prozent – ist die Sorge, einem Datenbetrug im Internet zum Opfer zu fallen.

Deutlich abgenommen haben die Unsicherheiten in Bezug auf schwere ansteckende Krankheiten wie Vogelgrippe, Schweinegrippe oder EHEC sowie Sorgen im Hinblick auf verunreinigte Lebensmittel und Arbeitslosigkeit. Fühlten sich 2011 angesichts der ausführlichen Berichterstattung über EHEC 26 Prozent durch solche schweren ansteckenden Krankheiten stark bedroht, sind es heute nur noch 14 Prozent. Auch verunreinigte, belastete Nahrungsmittel sind heute für weniger Bürger Anlass zur Sorge als im Vorjahr, als dieses Thema in der öffentlichen Diskussion um einiges präsenter war. 2011 machten sich darüber 37 Prozent der Bevölkerung große Sorgen, aktuell sind es 32 Prozent. Spürbar zurückgegangen ist in den Augen der Bürger ebenfalls das Risiko, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren. Im Vergleich zum Vorjahr, als 28 Prozent der Bevölkerung darin ein großes persönliches Risiko sahen, hat sich vor dem Hintergrund der nach wie vor guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland diese Zahl mit aktuell 23 Prozent signifikant reduziert (Schaubild B).

Schaubild B

Veränderungen beim Sorgenkatalog der Bevölkerung

Frage: „Hier auf diesen Karten stehen einige Risiken und Gefahren, denen man ausgesetzt sein kann. Bei welchen dieser Risiken haben Sie für sich selbst die meisten Befürchtungen, wovon fühlen Sie sich selbst am ehesten bedroht? Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie sich persönlich darüber große Sorgen, etwas Sorgen oder kaum bzw. gar keine Sorgen machen.“
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)

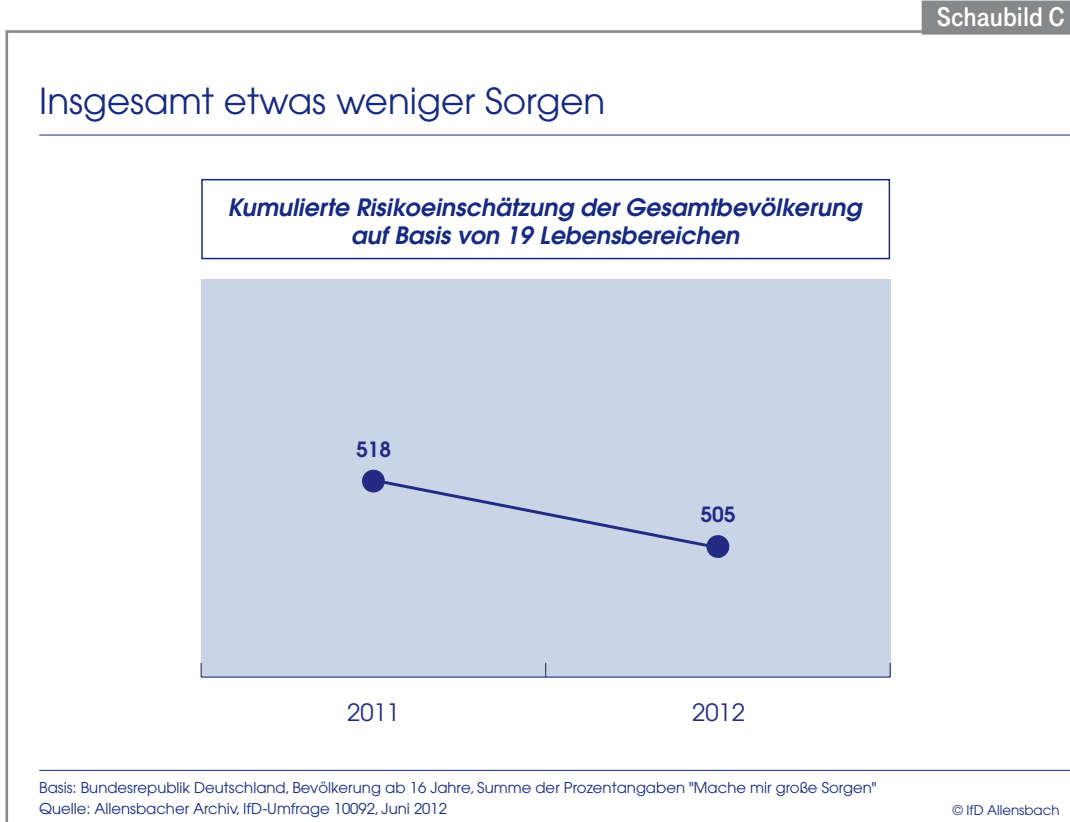


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10075 und 10092

© IfD Allensbach

Der Risikoindex: Bevölkerung sieht weniger Risiken als im Vorjahr

Aus der Bewertung der Einzelrisiken lässt sich ein „Risikoindex“ ableiten, der das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung kumuliert widerspiegelt. Der Risikoindex wurde als Summe der Prozentwerte der Risiken gebildet, über die man sich große Sorgen (also die höchste der drei möglichen Kategorien) macht. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Risikoeinschätzung der Bevölkerung leicht verbessert. Ausgehend von 518 Punkten im Jahr 2011, ist der Risikoindex um 3 Prozent auf 505 Punkte gesunken (Schaubild C).



Weniger Sorgen machen sich insbesondere die 16- bis 29-Jährigen, deren kumulierte Risikoeinschätzung von 459 Punkten auf 422 Punkte gesunken ist – ein Minus von 8 Prozent. In den anderen Altersgruppen hat sich die Risikoeinschätzung nur wenig verändert. Der Rückgang in der jüngeren Generation ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich die 16- bis 29-Jährigen im Vergleich zu 2011 durch Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust, aber auch durch Datenbetrug im Internet und EC-Karten-Manipulation weniger stark bedroht fühlen.

Weniger stark als im Vorjahr fühlt sich auch die mittlere Einkommensschicht durch externe Risiken bedroht. Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1.750 bis unter 3.000 Euro stufen ihre Sicherheitslage heute mit 491 Punkten merklich besser ein als im Jahr 2011, als der kumulierte Punktwert aus allen Einzelrisiken noch bei 522 Punkten lag. Besonders in der Mittelschicht hat sich die Sorge in Bezug auf Arbeitslosigkeit und verunreinigte Lebensmittel reduziert (Tabelle 1).

Tabelle 1

Veränderung der Risikoeinschätzung in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

Kumulierte Risikoeinschätzung in 19 Lebensbereichen

	2012	2011	Prozentuale Veränderung
Gesamtbevölkerung	505 Punkte	518 Punkte	- 3%
Männer	457	483	- 6%
Frauen	551	551	± 0%
16- bis 29-Jährige	422	459	- 8%
30- bis 44-Jährige	480	483	- 1%
45- bis 59-Jährige	499	514	- 3%
60-Jährige und Ältere	577	584	- 1%
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen			
unter 1.750 Euro	553	558	- 1%
1.750 bis unter 3.000 Euro	491	522	- 6%
3.000 Euro und mehr	471	462	+ 2%

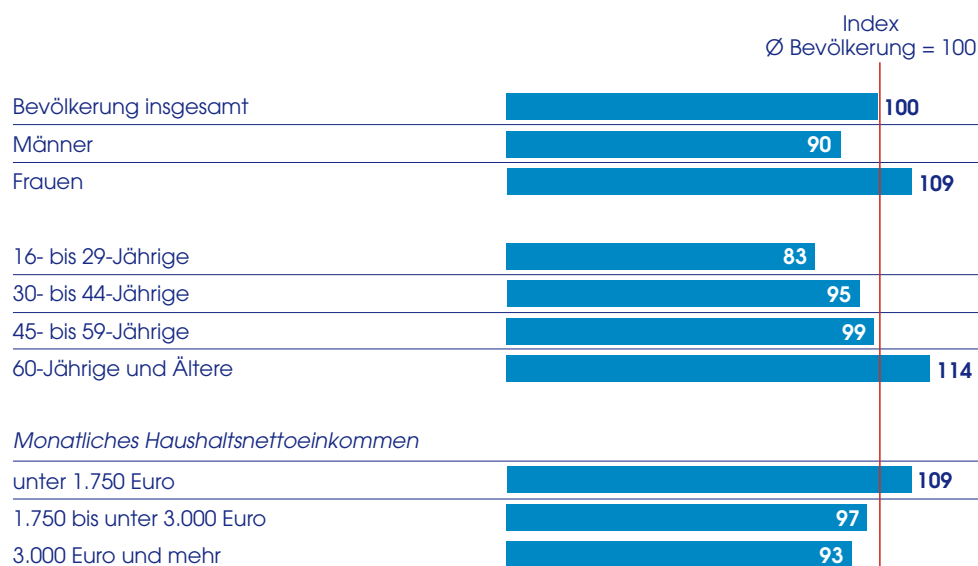
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, Summe der Prozentangaben „Mache mir große Sorgen“
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 10092, Juni 2012

Ein Vergleich zwischen einzelnen Bevölkerungskreisen veranschaulicht die generellen Unterschiede im subjektiven Risikoempfinden einzelner Bevölkerungsgruppen. Dazu werden die Ergebnisse für die jeweilige Gruppe ins Verhältnis zum Ergebnis der Gesamtbevölkerung (Index = 100) gesetzt. Hierbei wird deutlich, dass Frauen, Ältere sowie Personen aus unteren Einkommensschichten sich persönlich im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen von überdurchschnittlich vielen möglichen Risiken bedroht fühlen. Frauen fühlen sich mit einem Indexwert von 109 überdurchschnittlich gefährdet. 60-Jährige und Ältere stufen ihre Risikosituation mit einem Indexwert von 114 ebenfalls höher ein als der Durchschnitt der Bürger, Gleiches gilt für Personen aus Haushalten mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.750 Euro, die einen Indexwert von 109 erreichen (Schaubild D).

Schaubild D

Kumulierte Gefahreneinschätzung nach Bevölkerungskreisen

*Risikoindex auf Basis der persönlichen Risikoeinschätzung
in 19 Lebensbereichen*



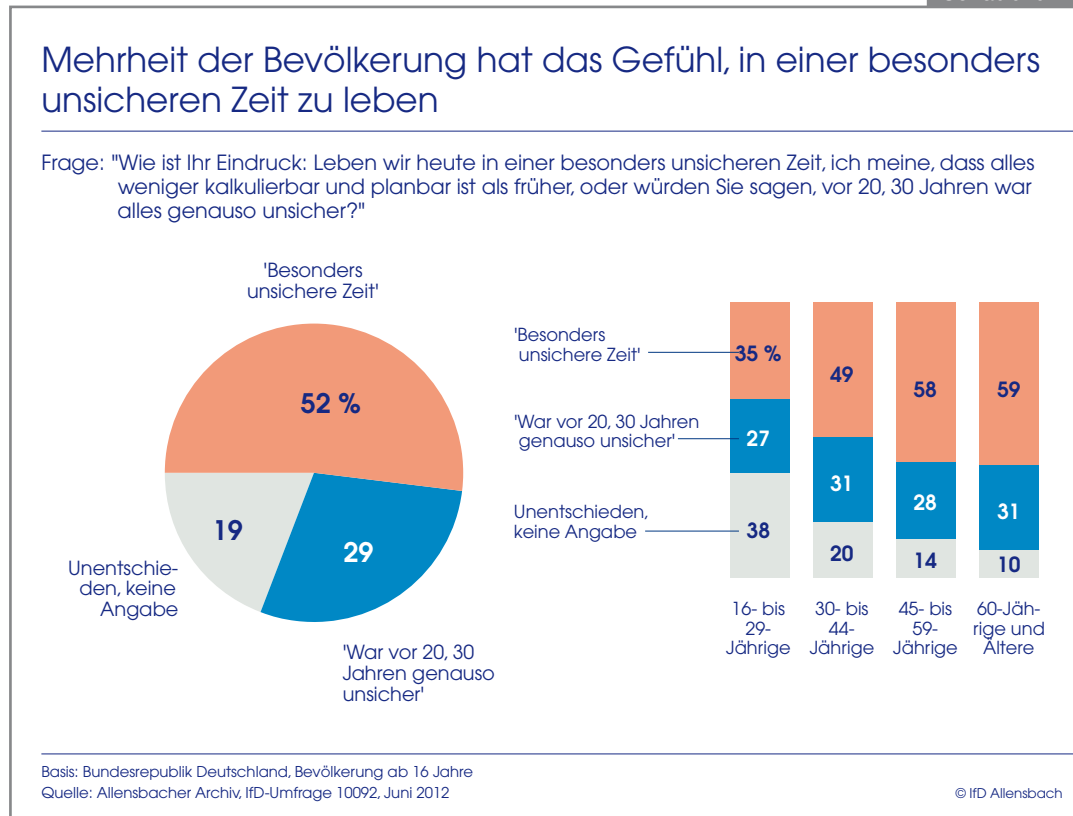
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, Summe der Prozentangaben „Mache mir große Sorgen“
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10092, Juni 2012

© IfD Allensbach

Wir leben in unsicheren Zeiten

Auch wenn in der Einschätzung der Bevölkerung die Bedrohung durch konkrete Risiken leicht zurückgegangen ist, hat die Mehrheit der Bürger das Gefühl, in einer besonders unsicheren Zeit zu leben. 52 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass wir heute in einer besonders unsicheren Zeit leben, in der alles weniger kalkulierbar und planbar ist als noch vor 20 oder 30 Jahren. Bei den über 45-Jährigen, die einen entsprechenden Vergleich aus eigener Erfahrung ziehen können, sind sogar 58 bzw. 59 Prozent dieser Auffassung, aber auch in der Gruppe der unter 30-Jährigen teilt gut jeder Dritte ein solches Gefühl (Schaubild E).

Schaubild E



Damit haben die Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens 2012 im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen. Damals vertraten 44 Prozent die Auffassung, dass wir heute in einer besonders unsicheren Zeit leben (Tabelle 2):

Tabelle 2

Unsicherheit hat zugenommen

	Bevölkerung ab 16 Jahre	
	2012 in %	2011 in %
„Besonders unsichere Zeit“	52	44
„War vor 20, 30 Jahren genauso unsicher“	29	38
Unentschieden, keine Angabe	19	18

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10092, Juni 2012

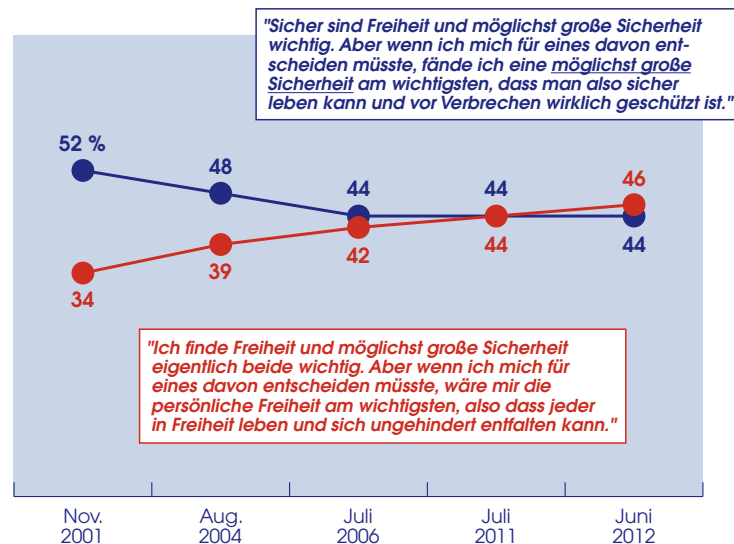
Das Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit

Das Verhältnis von persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit zählt nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem der großen politischen Spannungsfelder. Stellt man die Bürger vor die Entscheidung, ob sie im Zweifelsfall eher für ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit oder aber für möglichst große Sicherheit vor Verbrechen votieren würden, halten sich Freiheit und Sicherheit in etwa die Waage. Für 46 Prozent ist die persönliche Freiheit am wichtigsten, für 44 Prozent die Sicherheit vor Verbrechen. Blickt man auf die letzten sechs Jahre zurück, lässt ein hohes Maß an Stabilität in den Einstellungen der Bevölkerung zu Freiheit und Sicherheit erkennen. Nur 2001, als diese Frage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erstmals gestellt wurde, und 2004 gab die (relative) Mehrheit der Bevölkerung der Sicherheit den Vorzug vor der Gewährleistung größtmöglicher persönlicher Freiheit (Schaubild F).

Schaubild F

Persönliche Freiheit vs. Sicherheit: zuletzt ambivalentes Stimmungsbild in der Gesamtbevölkerung

Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Sicherheit – wenn Sie das bitte einmal durchlesen. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)



Zu 100 Prozent fehlende: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10092, Juni 2012

© IfD Allensbach

Die ältere Generation zeigt sich dabei deutlich sicherheitsaffiner, worin sich auch die größere Sorge der älteren Bevölkerung widerspiegelt, Opfer von Kriminalität zu werden. Von den 60-Jährigen und Älteren würden sich 57 Prozent im Zweifelsfall für die Sicherheit, nur 36 Prozent für die persönliche Freiheit entscheiden. In der jüngeren Generation ist das Verhältnis gerade umgekehrt. 56 Prozent der 16- bis 29-Jährigen, die sich für die Freiheit entscheiden, stehen 34 Prozent gegenüber, die im Zweifel möglichst große Sicherheit vorziehen würden (Schaubild G).

Schaubild G

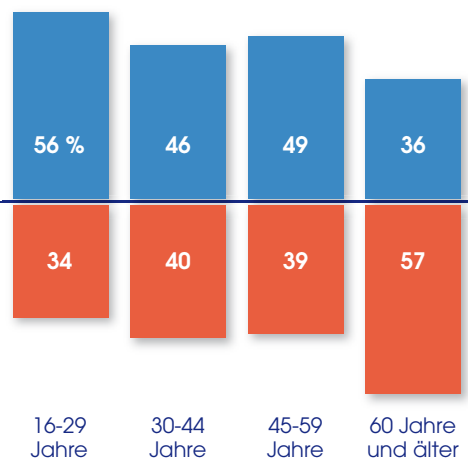
In der älteren Generation deutliche Präferenz für möglichst große Sicherheit

Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Sicherheit – wenn Sie das bitte einmal durchlesen. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)

Was einem letztlich wichtig ist ...

Die persönliche Freiheit, also dass jeder in Freiheit leben und sich möglichst ungehindert entfalten kann

Möglichst große Sicherheit, also dass man sicher leben kann und vor Verbrechen geschützt ist



Zu 100 Prozent fehlende: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 10092, Juni 2012

© IFD Allensbach

Künftige Entwicklung der Risiken aus Sicht der Bevölkerung

Für die Zukunft geht die Bevölkerung in einigen Bereichen von einer (erheblichen) Zunahme der Risiken aus, in anderen erwartet sie dagegen kaum Veränderungen oder teilweise sogar eine sinkende Gefährdungslage. Bereiche, in denen die Risiken aus Sicht der Bevölkerung spürbar steigen werden, sind insbesondere:

- Datensicherheit und IT
- Pflegebedürftigkeit im Alter
- Einkommen und Inflation
- Naturkatastrophen

Jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Bürger sieht in diesen Bereichen ein wachsendes Gefährdungspotenzial. 74 Prozent der Bürger glauben, dass der Missbrauch von persönlichen Daten in Zukunft zunehmen wird. 71 Prozent gehen von einer steigenden Bedrohung durch Datenbetrug im Internet aus. Mit einer wachsenden Bedrohung durch Computerviren und EC-Karten-Betrug rechnen 60 Prozent, 58 Prozent mit einer Zunahme von EC-Karten-Betrug mit manipulierten Bankautomaten.

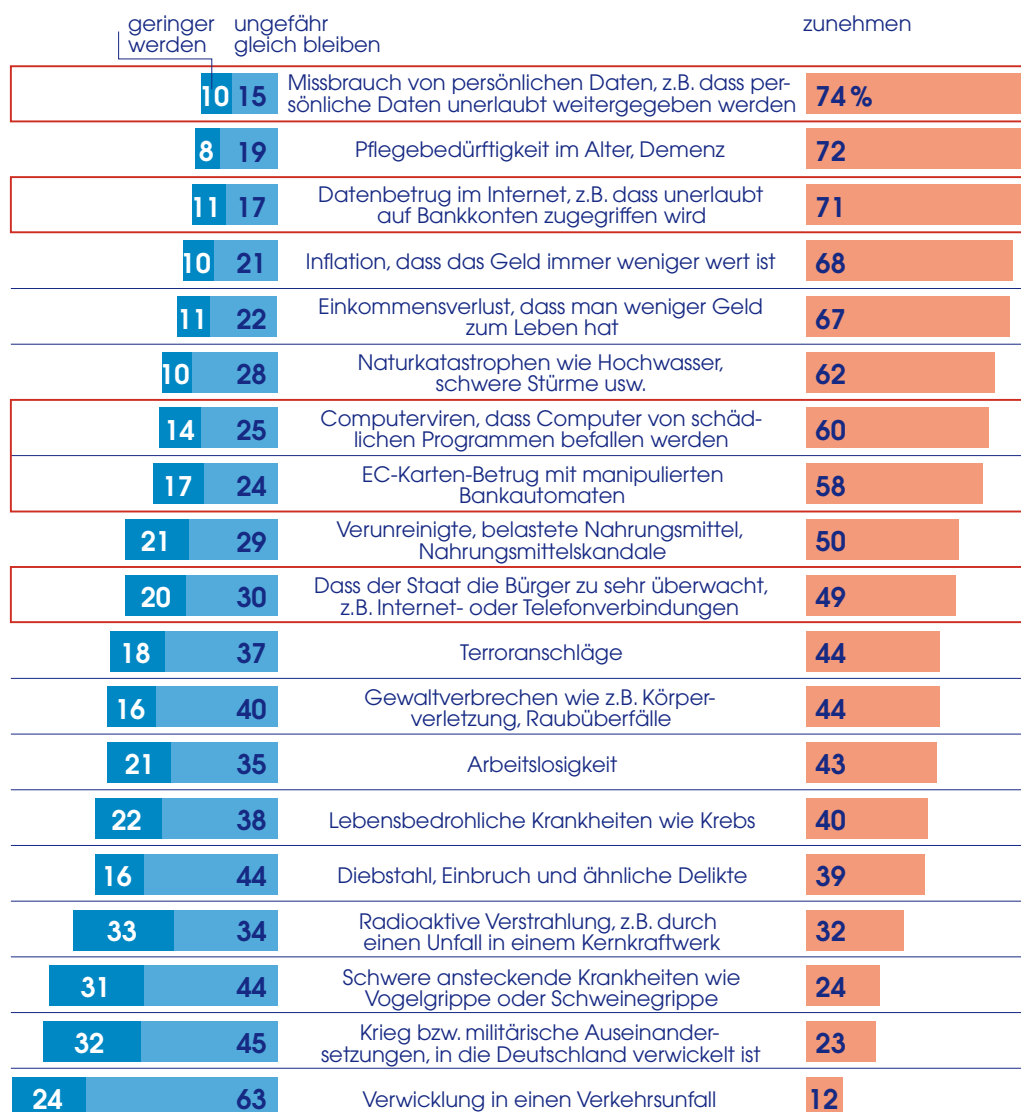
72 Prozent der Bürger erwarten für die Zukunft, dass die Pflegebedürftigkeit im Alter und Demenzerkrankungen für die Menschen in Deutschland vermehrt ein Risiko darstellen werden. Inflation und Einkommensverlust werden von 68 bzw. 67 Prozent als immer größeres Risiko gesehen, Naturkatastrophen von 62 Prozent.

In den anderen Bereichen wie „klassischer“ Kriminalität, Terroranschlägen, aber auch Gesundheitsgefahren durch lebensbedrohliche Krankheiten, radioaktiver Verstrahlung oder Arbeitslosigkeit hält die Mehrheit der Bevölkerung keinen Anstieg für wahrscheinlich, sondern geht von einem konstanten, teils sogar sinkenden Risiko aus (Schaubild H).

Zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen Risiken

Frage: "Hier auf diesen Karten stehen einige mögliche Risiken bzw. Gefahren für die Menschen in Deutschland. Welche dieser Risiken werden in Zukunft zunehmen, von welchen wird eine größere Gefahr ausgehen als heute und welche Risiken werden zurückgehen, wo wird die Gefahr geringer und bei welchen wird sich nicht viel ändern?"
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)

Diese Gefahr, dieses Risiko wird in Deutschland in Zukunft ...



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10092, Juni 2012

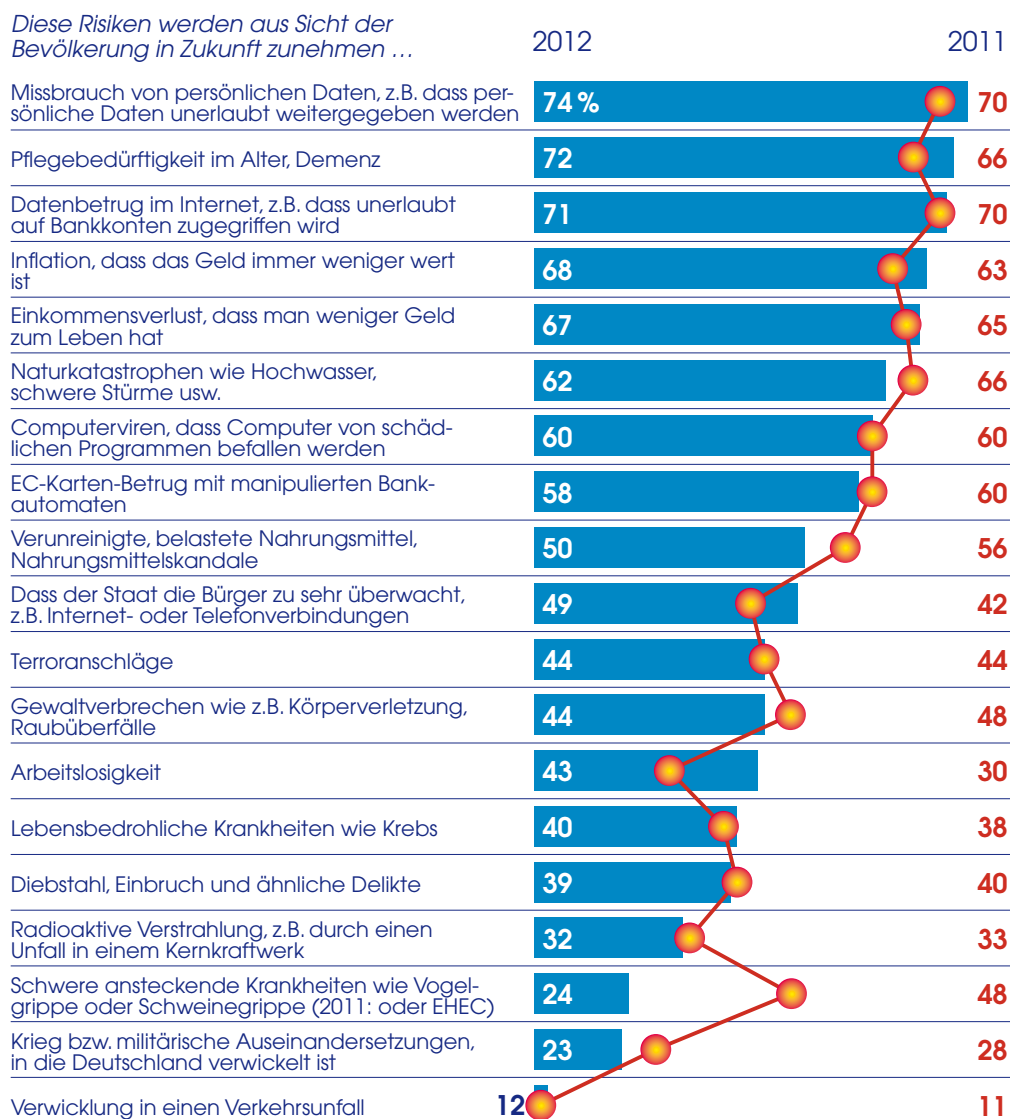
© IfD Allensbach

Im Vergleich zum Vorjahr erwartet die Bevölkerung vor allem bei Datenmissbrauch, Inflation und Arbeitslosigkeit ein häufigeres Auftreten dieser Risiken. Im Vorjahr waren 70 Prozent der Meinung, dass der Missbrauch persönlicher Daten in Zukunft zunehmen wird, heute sind es 74 Prozent. Verstärkt hat sich zudem die Erwartung, dass das Inflationsrisiko in Zukunft (noch) deutlicher steigen wird. 2011 gingen 63 Prozent davon aus, dass künftig von der Geldentwertung ein größeres Risiko für die Menschen in Deutschland ausgehen wird, aktuell liegt diese Zahl – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Diskussion um die Lösung der Schuldenkrise im Euroraum – bei 68 Prozent. Am auffälligsten präsentiert sich allerdings die Entwicklung bei der künftigen Risikobewertung der Arbeitslosigkeit. Vor einem Jahr glaubten 30 Prozent, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit in Zukunft zunehmen wird, heute sind es 43 Prozent, die eine pessimistische Vorhersage abgeben.

Weniger stark als im Vorjahr geht die Bevölkerung bei verunreinigten Lebensmitteln und schweren ansteckenden Krankheiten davon aus, dass diese Risiken in Zukunft zunehmen werden. Dies korrespondiert damit, dass die Bevölkerung vor beiden Gefahren weniger Sorge hat als noch im Jahr davor. Vor einem Jahr glaubte in Zeiten von EHEC fast jeder zweite Bürger, dass die Risiken durch solche ansteckenden Krankheiten in Zukunft steigen würden. Heute ist es mit 24 Prozent nur noch die Hälfte, die ein wachsendes Gefährdungspotenzial in diesem Bereich sieht. In Bezug auf verunreinigte Lebensmittel erwarten heute 50 Prozent ein steigendes Risiko, im Vorjahr waren es 56 Prozent (Schaubild I).

Veränderungen bei der Einschätzung künftiger Risiken

Frage: "Hier auf diesen Karten stehen einige mögliche Risiken bzw. Gefahren für die Menschen in Deutschland. Welche dieser Risiken werden in Zukunft zunehmen, von welchen wird eine größere Gefahr ausgehen als heute und welche Risiken werden zurückgehen, wo wird die Gefahr geringer und bei welchen wird sich nicht viel ändern?"
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10075 und 10092

© IfD Allensbach

Anhang: Untersuchungsdaten

Stichprobe:	1.617 Personen, repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre
Methode:	persönlich-mündliche (face-to-face) Interviews
Befragungszeitraum:	4. bis 15. Juni 2012
Anzahl der eingesetzten Interviewerinnen und Interviewer:	An der Befragung waren insgesamt 467 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.
Auswahlmethode für die befragten Personen:	Die 1.617 Personen wurden auf Basis des repräsentativen Quotenverfahrens ausgewählt. Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese zu selektieren waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.